

N i e d e r s c h r i f t

**über die 10. – öffentliche und nichtöffentliche – Sitzung
des Jugendhilfeausschusses am Donnerstag, dem 24. Oktober 2007, 17:00 Uhr,
im Bürgersaal des Bürgerhauses
SONDERSITZUNG**

Es waren anwesend:

I. Stimmberechtigte Mitglieder

a) Ratsmitglieder

1. Herr Hans-Werner Schneller - Vorsitzender
2. Frau Claudia Schlottmann - stellv. Vorsitzende
3. Herr Christoph Bosbach
4. Herr Klaus Dupke
5. Frau Manfred Böhm
6. Herr Alexander Büttner
7. Herr Dr. Stephan Lipski
8. Herr Peter Hancke
9. Herr Peter Dahm-Korte

b) Aus den Verbänden

10. Frau Elisabeth Knebel
11. Herr Siegfried Wagner (bis 19.15 Uhr)
12. Frau Sabine Kittel
13. Herr Björn Grützmaker
14. Herr Carsten Wannhof (bis 18.30 Uhr)

II. Beratende Mitglieder

1. Frau Anita Bergner
2. Frau Martina Reuter

III. Von der Verwaltung

- | | |
|---------------------------|--|
| 1. Herr Reinhard Gatzke | Beigeordneter |
| 2. Frau Jutta Panke | Leiterin des Amtes für Jugend, Schule und Sport |
| 3. Frau Birgit Schimang | Leiterin der Abteilung Kinderbetreuung |
| 4. Herr Michael Rupp | Teamleitung Kinderbetreuungsangelegenheiten 0-6jährige |
| 5. Herr Ulrich Brakemeier | Jugendhilfeplaner und Schriftführer |
| 6. Frau Monika Klemz | Gleichstellungsbeauftragte |

IV. Gäste

- | | |
|------------------------|--|
| 1. Ines Sluzewski | Hildener Jugendparlament |
| 2. Herr Göbel | Kath. Kirche |
| 3. Herr Pfarrer Rönsch | Ev. Kirche |
| 4. Herr Meyer | Arbeiterwohlfahrt Mettmann |
| 5. Herr Helmut Bandosz | SPE Mühle e.V. |
| 6. Frau Schultze | Elterninitiative Im Park e.V. |
| 7. Herr Weinrich | Fraktion Bürgeraktion |
| 8. Herr Burchartz | FDP-Fraktion |
| 9. Frau Helga Bruch | Freizeitgemeinschaft für Behinderte und Nichtbehinderte e.V. |

Tagesordnung:

I. Öffentliche Sitzung

1. Gesetzentwurf zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (Kinderbildungsgesetz – Kibiz)
- Antrag der Fraktion Bürgeraktion von 25.09.2007 -
2. Mitteilungen und Beantwortung von Anfragen
3. Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

II. Nichtöffentliche Sitzung

4. Mitteilungen und Beantwortung von Anfragen
5. Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

I. Öffentliche Sitzung

1. **Gesetzentwurf zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (Kinderbildungs- Gesetz – KiBiz)** **- Antrag der Fraktion Bürgeraktion von 25.09.2007 -**

Vorsitzender Schneller begrüßte die Anwesenden und stellte den ordnungsgemäßen Zugang der Sitzungsunterlagen fest. Er übergab **Herrn Beig. Gatzke** das Wort. Dieser schilderte noch einmal die besondere Lage, welche durch die Verabschiedung des neuen Gesetzes entstehen würde. Die Darstellung der komplexen Sachverhalte und die Einschätzung der Situation durch die 5 anwesenden Vertreter von Kirchen, Verbänden und Kindertageseinrichtungen wurden vor Einstieg in die offizielle Sitzung des Jugendhilfeausschusses in einem Infoblock dargelegt.

Es folgte eine Darstellung der dem Fachamt aktuell bekannten Grundlagen des neuen Gesetzes durch **Frau Schimang**. Anschließend gaben Herr Göbel für die Katholische Kirche, Herr Pfarrer Rönsch für die Evangelische Kirche, Herr Meyer für die Arbeiterwohlfahrt Mettmann, Herr Bandosz für die SPE Mühle e.V. sowie Frau Schultze für die Elterninitiative Im Park e.V. ihre Statements zum neuen KiBiz- Gesetz ab. Alle Wortbeiträge liegen dem Protokoll im Anhang bei.

Im Anschluss an diesen Informationsblock eröffnete der Vorsitzende Schneller eine Fragestunde für die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses, die anwesenden Gäste und die anwesenden Bürgerinnen und Bürger.

Es meldeten sich folgende Personen zu Wort:

- | | |
|-------------------|--|
| • Rm. Weinrich | BA - Ratsfraktion |
| • Rm. Burchartz | FDP-Ratsfraktion |
| • Rm. Bosbach | Mitglied des Jugendhilfeausschusses |
| • Herr Dahm-Korte | Mitglied des Jugendhilfeausschusses |
| • Frau Wawer | Leiterin der Kath. Tageseinrichtung für Kinder St. Jacobus |
| • Herr Wagner | Mitglied des Jugendhilfeausschusses |
| • Frau Kittel | Mitglied des Jugendhilfeausschusses |

Die Fragen bezogen sich insbesondere auf die Planungen der Stadt Hilden und wie von Seiten der Verwaltung mit den aus dem neuen Gesetz erwachsenden Planungsaufgaben umgegangen werde.

Beig. Gatzke und **Frau Schimang** machten in verschiedenen Wortbeiträgen deutlich, dass der Umgang mit dem neuen Gesetz im Wesentlichen von den dazugehörigen Verfahrensverordnungen abhängig sei, welche zurzeit allerdings noch nicht bekannt seien. Deutlich sei hingegen, dass eine Elternbefragung stattfinden müsse, um die erwarteten Bedarfe abzuklären. Das Zeitfenster für diese Erhebung und den daraus resultierenden Mittelanforderungen sei mit dem 15. März 2008 jedoch sehr eng

gesteckt. Die Verwaltung arbeite mit Hochdruck an den Planungen und werde alle Beteiligten über den weiteren Ablauf in Kenntnis setzen.

Weitere Fragen bezogen sich auf die Sorge, ob es der Stadt Hilden gelänge, die hohen Qualitätsstandards im Bereich der Sprachförderung, der Integration, der U3-Versorgung, der räumlichen Versorgung und der Sicherung des Kindeswohls zu erhalten.

Beig. Gatzke und **Frau Schimang** machten hierzu deutlich, dass es Zielsetzung der Verwaltung sei, nicht hinter die hohen Standards zurückzugehen. Wie dies zu realisieren sei, lasse sich aber erst in genauer Kenntnis des neuen Gesetzes und der Verfahrensvorschriften sagen.

Um 19.00 Uhr beendete der **Vorsitzende Schneller** die Fragestunde.

Frau Reuter erklärte, dass es aus ihrer Sicht sinnvoll sei, zunächst einmal auf den genauen Wortlaut des Gesetzes zu warten, um dann den konkreten Umgang damit zu klären.

Rm. Bosbach brachte für die SPD-Fraktion eine Resolution ein, die an die zuständigen Gremien im Landtag zu übermitteln sei. (Resolution liegt im Anhang bei).

Herr Dahm-Korte schlug vor, aus dem Beschlussantrag der BA und der Resolution der SPD eine gemeinsame Resolution zu formulieren.

Rm. Frau Schlottmann führte aus, dass aus ihrer Sicht die Sitzung zu spät komme, um das Gesetz noch aufzuhalten. Ihr sei auch nicht klar, warum die SPD nicht schon früher auf die Problematiken aufmerksam gemacht habe. Weiterhin stellte sie den Antrag der CDU-Fraktion, der die Verwaltung beauftragte:

1. so schnell wie möglich, spätestens jedoch bis zu den Haushaltsplanberatungen auf der Basis des neuen Kinder- und Bildungsgesetzes (KiBiz) eine Bedarfsabfrage für die Kinderbetreuung in allen Kindertagesstätten durchzuführen, beginnend mit dem Kindergartenjahr 2008 bis zum Schuleintritt. Hier ist nicht nur der Bedarf von 25, 35 und 45 Stunden Betreuung abzufragen, sondern auch Betreuungsbeginn und –ende.
2. über die notwendigen organisatorischen Maßnahmen im Kindertagesstättenbereich zu informieren. Insbesondere bittet die CDU-Fraktion um Aufschlüsselung folgender Fakten (pro Einrichtung):
 - a) personelle Konsequenzen
 - b) Gruppengröße und –anzahl
 - c) Ausbaustand der Betreuung U-3
 - d) Notwendige Investitionsmaßnahmen für das Jahr 2008 ff.

(Antrag liegt in Anhang bei)

Beig. Gatzke teilte dazu mit, dass die in dem Antrag gestellten Fragen derzeit aufgrund der fehlenden Rechtsverordnung nicht beantwortet werden könnten.

Vorsitzender Schneller schlug vor, den Antrag im Rahmen der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses zu beraten und darüber zu entscheiden.

Rm. Frau Schlottmann erklärte sich mit diesem Vorgehen einverstanden.

Vorsitzende Schneller unterbrach um 19.20 bis 19.25 Uhr die Sitzung, um den Ausschussmitgliedern die Möglichkeit zu geben, den Resolutionsentwurf zu erörtern.

Nach der Sitzungsunterbrechung legten die BA-Fraktion und die SPD-Fraktion einen gemeinsamen Resolutionsentwurf zur Abstimmung vor. Der Resolutionstext ist als Anlage beigelegt.

Ohne weitere Wortmeldungen fasste der Jugendhilfeausschuss mit 6 Ja- und 5 Nein-Stimmen folgenden Beschluss:

„Der Jugendhilfeausschuss stimmt dem vorgelegten Resolutionsentwurf zu und beauftragt die Verwaltung, die Resolution an die Landtagsgremien zu übersenden.“

2. Mitteilungen und Beantwortung von Anfragen

Frau Panke wies auf die zurzeit laufende Aktion „Nüchtern ist cooler“ des Amtes für Jugend, Schule und Sport und des Jugendparlamentes hin.

Herr Bosbach fragte an, ob die jüngst in der Presse zu lesende Situation auf den Hildener Spielplätzen der Realität entspreche.

Frau Panke antwortete, dass dieser Artikel auf eine übereifrige Redakteurin zurückzuführen sei und in keiner Weise richtig sei.

3. Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

Keine Wortmeldungen

II. Nichtöffentliche Sitzung

Vorsitzender Schneller schloss die Sitzung um 19.35 Uhr.